

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Die unbeschnittene Ausgabe
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die befristete Besetzung Frankfurts, Darmstadts und Hanaus.

Der deutsche Bericht über den Einmarsch der Franzosen.

Das deutsche Volk hat heute mit Enttäuschung, aber auch mit Verachtung vernommen, daß die Franzosen in der Morgenröthe in völlig wehrlose deutsche Städte einmarchiert sind. Wenn man in Frankfurt den gefährlichen Überfall als eine Selbsttat feiern will, so mag man sich diesem Vergnügen nach Belieben hingeben — wir und vermutlich auch die antihöflich denkenden Menschen in den anderen Ländern schämen dieses paradiesische Theaterheldentum ganz anders ein. Herr Millerand läßt erklären, die französischen Truppen würden sofort wieder zurückgezogen werden, sobald das Ruhrgebiet von den Reichswehrtruppen geräumt worden sei. Die deutsche Regierung hatte sich schon vor dem französischen Gewaltstreik verpflichtet, daß die Räumung des Ruhrgebietes nach Ablauf von sieben Tagen erfolgen solle, und Herr Millerand hätte ja also wohl bis zum siebenten Tage warten können. Aber Herr Millerand hielt es für nötig, wieder einmal etwas für das französische „Bretagne“ zu tun. Herr Millerand brauchte eine Gestalt besonders nach Frankfurt am Main geschickt. Andere Divisionen haben sich in der ganzen L. senbacher Gegend festgesetzt. Darmstadt und Hanau sind in die Hände des kühnen Eroberers gefallen. Heberall der Telephondienst unterbrochen, die Sicherheitswehr entmachtet, die Briefzentrale eingeführt. Die Straßen schalten und walteten, als läßen sie nach unruhigen Hauptstädten jenes grandiose Siegesrecht, das in der Unterdrückung des Wehrlosen durch den Besetzten besteht. Man soll sehen, daß sie die Mächtigen sind.

Ja, man sieht... Aber die Welt sieht etwas, was ihr kämpehlich die Bemüderung und den Beifall, dessen die Theaterhelden bedürfen, entlocken wird. Sie sieht, daß das Frankreich der Millerand, Hoch, Barthou und Barres, genau wie die jetzt zur Schmach der Welt und der Menschheit und die preiswürdigen Frankreich, nur Gewalt und Brutalität kennt und alle Moral und Barmherzigkeit mit Füßen tritt. Sie sieht, daß diese französischen Kollaborateure, um ihre persönliche Stellung zu festigen, über ihre Stellung zu befriedigen, nicht vor einem Schritte zurückweichen, der die Vermittlung in Europa steigert, überall die Anarchie ermutigen muß. Am ihre Kleinigkeiten zu erreichen, verbünden sich die französische Regierung und ihre Ratgeber mit dem Kommunismus, und sogar mit der Plündernden, raufschüttigen und raubstülpigen Anarchie. Herr Millerand hat sich schämen vor die Familien des Volksweltwunsches und vor die Völkerbänderbanden gestellt. Die Welt wird ihm viel nicht nicht ganz so dankbar sein, und sein „Bretagne“ wird nicht so sehr heilen, wie er denkt. Die „Freiheit“ kündigt heute früh an, die Teilnehmer an den Kämpfen beabsichtigen, sich „wegen des drohenden weißen Schreckens unter dem Schutz der Entente“ zurückzuziehen. Wir hoffen, daß es dort keinen weißen Schrecken gibt, daß der sozialdemokratische Zivilkommunist Severing streng alle Ausschreitungen der Truppen verhindert, und ehrliche, verlässliche Arbeiter aus allen sozialistischen Gruppen werden dann keinen Grund haben, die Entente um Schutz anzusuchen. Aber die aufgeregten, von verbitterter Leidenschaft erfüllten Fanatiker und die expressiven und raubstülpigen Bänder werden zu den Truppen Frankreichs, zu den Truppen des Herrn Millerand kommen und unter ihre Obhut sich stellen. Sie werden zu Herrn Millerand sagen können: „Wir vertrauen dir, denn du hast uns bisher geholfen, hast uns das Plündern leicht gemacht und hast in einer Woche auch mehr als Lenin selber für den Volksweltwunsches getan!“

Im „Matin“ vom 1. April hat die französische Regierung erklärt, im Ruhrgebiet bestimme überhaupt keine Gefahr. Im Gegenteil, erst durch den Einmarsch der Truppen würde eine solche Gefahr entstehen. „Der Widerstand gegen jede militärische Gummischung“, hieß es in dieser Darstellung, „kommt nicht allein aus den parteilichsten Kreisen, sondern er ist in der ganzen sozialistischen Partei allgemein. In Berlin nehmen die Sozialisten aller Schattierungen die gleiche Haltung ein.“ Kein Wort an diesen Behauptungen ist wahr. Man hat geteilt wie die Sozialdemokraten aller Schattierungen den Einmarsch der Reichswehrtruppen als einziges Mittel, um die Einwohner zu schützen, erbeten hat. Wir glauben nicht, daß die zur Hälfte aus Sozialdemokraten bestehende Reichsregierung und die stark linkssozialistisch beeinflusste preussische Regierung Truppen ins Ruhrgebiet entsenden haben, weil ihnen das als eine angenehme Zerstreueung erscheint. Wenn ihnen nicht Sozialisten das Feuer auf den Nagel gebracht hätte, würden sie gewiß lieber bei den friedlichen Methoden geblieben sein. Aber mit Unwahrheiten und Entstellungen der Tatsachen verlor die Regierung des Herrn Millerand ihren Gewaltakt zu entschuldigen, seine grenzenlose Unmoral und Verunfugbarkeit vor der Welt zu verhüllen. Wir hoffen und sind überzeugt, daß diesem die Welt sich nicht bowellen lassen wird. Ob Herr Millerand und die anderen Protagonisten der Anarchie im Einverständnis mit England und Italien gehandelt haben, ist noch nicht klar. In der heute früh veröffentlichten Rede vom 4. April hieß es, die „Militären“ würden in Deutschland „neue Gebiete besetzen“ — hieß es aber haben nur die Franzosen etwas besetzt. Es wird in diesen Rede nicht gesagt, daß wir die Welt, das gesamte Ausland, mit allen verfügbaren Mitteln aufklären und ihm zeigen, was die französische Aktion

für die allgemeine Ruhe und Ordnung, für die Interessen aller nach friedlicher Entwicklung strebender Nationen zu bedeuten hat. Denn sonst könnte es geschehen, daß die Herren Millerand und Hoch auch in dem Ablauf der sieben Tage unter tragendem neuen Vorwand in Frankfurt am Main und in den anderen „eroberten“ Städten bleiben möchten — immer zum Schutze des Friedensvertrages und für Ordnung, Freiheit und Recht.

Der Einmarsch der Franzosen.

Frankfurt a. M., 6. April. (M. T. B.) Heute morgen um 5 Uhr wurde Frankfurt a. M. von den französischen Truppen besetzt.

Eine kleine französische Truppenabteilung hat heute früh 4 Uhr den Bahnhof Darmstadt besetzt. Der Staatspräsident hat dagegen Einspruch erhoben. Regierung und Oberbürgermeister ertausen einen Antrag, Ruhe zu bewahren. Die Franzosen sollen erklärt haben, sie würden die Behörden einwickeln ungehindert arbeiten lassen.

e. Frankfurt a. M., 6. April. (H. B. K.)

Die Besetzung der Stadt hat unter der Bevölkerung große Verregung hervorgerufen, da man an ihre Verwirklichung nicht glaubte, andererseits, weil sie doch sehr unermittelt erfolgte. Erst in den letzten Abendstunden wurde die bevorstehende Besetzung der Stadt wie durch ein Karfunkel verbreitet. Der französische Offizier begründete den Behörden in Frankfurt a. M. gegenüber die Besetzung der Stadt damit, daß Reichswehrtruppen in größerer Zahl als nach dem Bestimmungen des Friedensvertrages zulässig sind, in das Ruhrgebiet einmarchiert seien, und daß die Besetzung Frankfurts die notwendige Folge sei.

Heber die Besetzung Frankfurts erfahren wir von glaubwürdigster Seite: Die Stärke der dort einmarchierten französischen Truppen beträgt etwa 20 000 Mann. Sämtliche öffentlichen Gebäude sind besetzt, der Belagerungszustand ist verhängt worden. Militärpatrouillen und Streifen sorgen für Ordnung auf den Straßen. Alle Behörden arbeiten unter der Kontrolle der Besatzungstruppen, die aber bisher in die innere Verwaltung noch nicht wesentlich eingegriffen haben. Heute nachmittag findet zur Regelung der verwaltungsrechtlichen Fragen eine Besprechung beim französischen Kommandanten statt. Es sind bisher außer Frankfurt und Darmstadt die Städte Offenbach, Homburg und der Kreis Königstein besetzt. Dieburg und Hanau werden im Laufe des Tages französische Besetzung erhalten.

Die Franzosen haben die Sicherheitspolizei entmachtet, der blauen Polizei wurden dagegen die Waffen beschlagnahmt. In Wiesbaden wurde, nachdem sich gestern im Laufe des Abends französische Truppen in Marck gesetzt hatten, der Belagerungszustand verhängt. Die Kontrolle wird durch Delegierte der Rheinlandschaftskommission ausgeübt, die in gleicher Weise wie zur Zeit des Waffenstillstandes emigriert. Zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr früh ist der Verkehr ge. loffener Gruppen und Versammlungen verboten. Es dürfen keine Zeitungen erscheinen.

Die Besetzung von Darmstadt und Hanau.

Darmstadt, 6. April. (Da.) Heute morgen um 4 Uhr rückten die Franzosen in aller Stille ein und besetzten alle öffentlichen Gebäude sowie das Schloss. Die bereits geflohenen als im Anmarsch gemeldeten Senegaltuppen schein fast ausschließlich für die Besetzung von Darmstadt Verwendung gefunden zu haben. Denn bislang sind weiße Franzosen, außer den Offizieren der Senegalkompagnien hier nicht bemerkt worden.

Die deutschen Behörden haben folgenden Antrag ertausen: An die Besetzung Darmstadts! Im Zusammenhang mit den Vorgehen im Ruhrgebiet rückten heute morgen französische Truppen hier ein. Der unterzeichnete Staatspräsident hat gegen die Maßnahme sofort Protest eingelegt. Es ist notwendig, daß die Bevölkerung Ruhe bewahrt. Abernament ohne einen unabweislichen Notwendigkeit, unter allen Umständen müssen Anklammern des Quotismus, wie auch alle ausbleibenden Bandlungen vermieden werden. Je größer die Ruhe, desto sicherer der abschließende Abzug der fremden Truppen. Nach dem erfolgten Aufbruch müssen die Regierung, Behörden und Beamte unbeschädigt in Zukunft.

Darmstadt, 6. April 1920. Ulrich, Staatspräsident.

Dr. G. Stilling, Oberbürgermeister. Nach bisher unbestätigten Meldungen, die aber nach den Vorgehen in Frankfurt und Darmstadt wohl zutreffend sein werden, ist Hanau von den Franzosen heute früh um 5 Uhr 30 Minuten besetzt worden. Der Telephonverkehr mit Hanau ist gelähmt. Die französische Rheinpfostentelegraphie ist in Hanau eingetroffen.

Der oberkommandierende General der allierten Besatzungstruppen hat an die Besetzung von Darmstadt folgenden Antrag ertausen: Die Berliner Regierung hat unter dem Druck der Militärpartei eine pflichtige Offenheit der Öffentlichkeit gegen die Arbeiterhaft des Ruhrgebietes angeordnet. Dabei hat sie eine der wichtigsten und unerlässlichen Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt. Am Verlauf der bisher geschlossenen Verhandlungen war die französische Regierung nicht bemüht, die deutsche Regierung von diesem militärischen Vorgehen, das mit einer Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages verbunden ist, abzuhalten. Die Regierung der französischen Republik sieht sich daher gezwungen, sich ein Vorgehen zu leisten, damit die Berliner Regierung ihrer Unterpflicht nachkommt. Deshalb habe ich den Befehl ertausen, die Städte Frankfurt, Hanau, Darmstadt und Dieburg besetzt zu werden. In diesem Augenblick habe ich es für unebenig, zu erklären, daß diese Besetzung keine militärische Besetzung gegen die arbeitssame Bevölkerung dieses Gebietes besteht, sondern lediglich den Zweck, die Ausführung des Vertrags zu sichern, und wird aufgehoben, sobald die Besatzungstruppen die normale Besatzung geräumt haben.

Der oberkommandierende General der allierten Besatzungstruppen hat an die Besetzung von Darmstadt folgenden Antrag ertausen: Die Berliner Regierung hat unter dem Druck der Militärpartei eine pflichtige Offenheit der Öffentlichkeit gegen die Arbeiterhaft des Ruhrgebietes angeordnet. Dabei hat sie eine der wichtigsten und unerlässlichen Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt. Am Verlauf der bisher geschlossenen Verhandlungen war die französische Regierung nicht bemüht, die deutsche Regierung von diesem militärischen Vorgehen, das mit einer Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages verbunden ist, abzuhalten. Die Regierung der französischen Republik sieht sich daher gezwungen, sich ein Vorgehen zu leisten, damit die Berliner Regierung ihrer Unterpflicht nachkommt. Deshalb habe ich den Befehl ertausen, die Städte Frankfurt, Hanau, Darmstadt und Dieburg besetzt zu werden. In diesem Augenblick habe ich es für unebenig, zu erklären, daß diese Besetzung keine militärische Besetzung gegen die arbeitssame Bevölkerung dieses Gebietes besteht, sondern lediglich den Zweck, die Ausführung des Vertrags zu sichern, und wird aufgehoben, sobald die Besatzungstruppen die normale Besatzung geräumt haben.

Die amtliche deutsche Erklärung.

Berlin, 6. April. (M. T. B.) Der französische Ministerpräsident Millerand erklärte in der Nacht vom Montag zum Dienstag folgende Rede an den deutschen Gesandten in Paris:

„In meinem Schreiben vom 2. April habe ich Sie gebeten, die Truppen der unruhigen Zone in die durch den Artikel 13 festgesetzte neutrale Zone einzubringen, und vorübergehend zurückgezogen werden. Da bis heute die Antwort auf dieses Schreiben ausbleibt, bringe ich Ihnen zur Kenntnis, daß der Oberbefehlshaber der Rheinarmee den Befehl ertausen hat, die Städte Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg sofort zu besetzen. Diese Besetzung wird aufgehoben, sobald die deutschen Truppen die normale Besetzung geräumt haben.“

Dieser Mitteilung ist der Vormarsch französischer Truppen vorangeht. Sie haben heute nacht, Frankfurt und Darmstadt besetzt und sind im Begriff, die übrigen Städte zu besetzen. Die deutsche Regierung hat bis jetzt alles getan, um dies unerbittlich, weher mit dem Sinn des Friedensvertrages in Einklang stehende, noch in dieser Ausdehnung mit der Seeligung seit unserer Kapitulation in Einklang zu bringende Vorgehen zu verhindern.

Am 28. März teilte die französische Regierung mit, daß sie ihre Genehmigung für einen Truppeneinmarsch in das Ruhrgebiet nur geben könne, wenn die fünf besetzten Städte von ihr besetzt werden dürfen, wobei die Polizeibehörden besetzt werden sollten, um zunächst die normalen Funktionen der besetzten Regierungen zu übernehmen. Die deutsche Regierung konnte auf diese, durch kein sachliches Moment begründete Forderung nicht eingehen, sondern machte den Gegenverbot, daß den Besetzten die Besetzung erlaubt werden sollte, wenn die Truppen aus dem Ruhrgebiet innerhalb einer bestimmten Frist nicht zurückgezogen seien. Der Forderung, mit dem die Verhandlungen geführt wurden, erklärte sich telephonisch damit einverstanden, und bestätigte dieses Telephongespräch durch folgende Erklärung:

„Bestätigung einer telephonischen Erklärung vom 28. v. M., 5 Uhr abends. Wenn die deutsche Regierung auf ihrer Forderung Truppen in das Ruhrgebiet zu entsenden, beschlo, so wäre Herr Millerand einverstanden, dem zuzustimmen unter der Bedingung, daß die fraglichen Truppen innerhalb einer Frist von zwei oder drei Wochen aus der neutralen Zone zurückgezogen werden. Nach dem Ablauf dieser Frist werden die allierten Truppen des Ruhrgebietes, unbeschädigt Frankfurt, Hanau, Homburg und Dieburg zu besetzen, unter den in der Note vom 28. v. M. festgelegten Bedingungen. Unterzeichnet: Teleologie.“

Am 30. März beharrte die französische Regierung auf ihrer Zustimmung und wies nur in einer Besprechung mit großem Nachdruck auf die Gefahr hin, daß gewisse Arbeitergruppen für den Fall des Einmarsches von Reichswehrtruppen zur Festhaltung der Städte werden könnten.

Am 31. März machte die französische Regierung ihre Erlaubnis für den Einmarsch mit einem Vorbehalt abhängig und erklärte ausdrücklich, daß der Einmarsch für notwendig und gefährlich. Inzwischen hatte der Reichsminister am 30. April, weil er am Montag die übertriebene Forderung der französischen Regierung zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht und zurückgewiesen hatte, am Dienstag Mitteilung von dem französischen Gegenentwurf gemacht. Die französische Presse behandelte die Mitteilung des Reichsministers mit den schärfsten Angriffen, natürlich im Einklang mit der Öffentlichkeit nicht bekannten Verhandlungen, während von ausländischer amtlicher französischer Seite erklärt wurde, um welche diese Verhandlungen des Reichsministers vollkommen. Dieser haben den Brief Teleologie zu erhalten können, wie er es getan habe. Da inzwischen die Mitteilungen über das Vorgehen in dem Ruhrgebiet und von allen Seiten, vor allem von der französischen Presse, sich häuften, war es eine weitere Verschärfung des Einmarsches nicht mehr zu erwarten. Die deutsche Regierung ließ daher am 2. April in Paris ein solches Note übergeben, die auch den Gesandten in den anderen allierten Ländern zur Übermittlung an die bittende Regierung überliefert wurde, wie überliefert während der ganzen Zeit sowohl in den allierten Hauptstädten wie auch hier, an die fremden